

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Rudi Anschober

Gabriele Schweiger

Sprecherin atomstopp_atomkraftfrei leben!
und Vereinsobfrau Mütter gegen Atomgefahr

22. März 2017

zum Thema

60 Jahre EURATOM-Vertrag: Das Hochrisikoprojekt Atomkraft in Europa ist gescheitert! Jetzt Auflösung und schrittweiser Atomausstieg

**+ Vorschau auf die Nuclear Energy Conference in Linz am 25. April:
„EURATOM – Atomindustrie gefördert, privilegiert, geschützt – 60 Jahre
sind genug!“**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

60 Jahre EURATOM-Vertrag: Das Hochrisikoprojekt Atomkraft in Europa ist gescheitert! Jetzt Auflösung und schrittweiser Atomausstieg

**+ Vorschau auf die Nuclear Energy Conference in Linz am 25. April:
„EURATOM – Atomindustrie gefördert, privilegiert, geschützt – 60 Jahre sind
genug!“**

Mit der Atomenergie in Europa geht es bergab. Ihre letzten Chancen sind Milliardensubventionen und EURATOM. Auch diese beiden letzten Bastionen wollen Oberösterreichs Atomgegner nun stoppen.

Der EURATOM-Vertrag ist völlig überholt. Wenige Tage vor seinem 60. Geburtstag am 25. März muss es nun heißen: Veränderung oder Austritt. In seiner Präambel ist seit Unterzeichnung im Jahr 1957 unverändert festgehalten: Das Ziel ist „[...] die Voraussetzungen für den raschen Aufbau einer mächtigen europäischen Atomindustrie zu schaffen [...]“. Bis heute hält EURATOM also an einer Hochrisikotechnologie fest, die sich trotz dieser Sonderstellung in Europa nicht durchgesetzt hat, die wirtschaftlich nicht darstellbar ist, nur mit Hilfe von staatlichen Subventionen, die wettbewerbsverzerrend sind, künstlich am Leben erhalten werden kann.

LR Rudi Anschober: „Das ist mit der Antiatom-Politik Österreichs nicht vereinbar! Entweder eine Auflösung bzw. grundlegende Neuausrichtung von EURATOM als Vereinigung für einen schrittweisen europaweiten Atomausstieg oder ein Austritt Österreichs aus EURATOM. Das ist möglich, und das muss auch die klare Linie unserer Bundesregierung in Brüssel sein.“

Dafür will Umwelt-Landesrat Rudi Anschober gemeinsam mit den NGOs in den nächsten Wochen einen eigenen politischen Schwerpunkt setzen – mit der Nuclear Energy Conference am 25. April mit Europas Expert/innen zu EURATOM in Linz, mit Druck auf die Atom-Lobby durch das nächste Treffen der Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg am 26. April in

Brüssel und mit der Konferenz der Landesumweltreferent/innen im Juni in Gmunden.

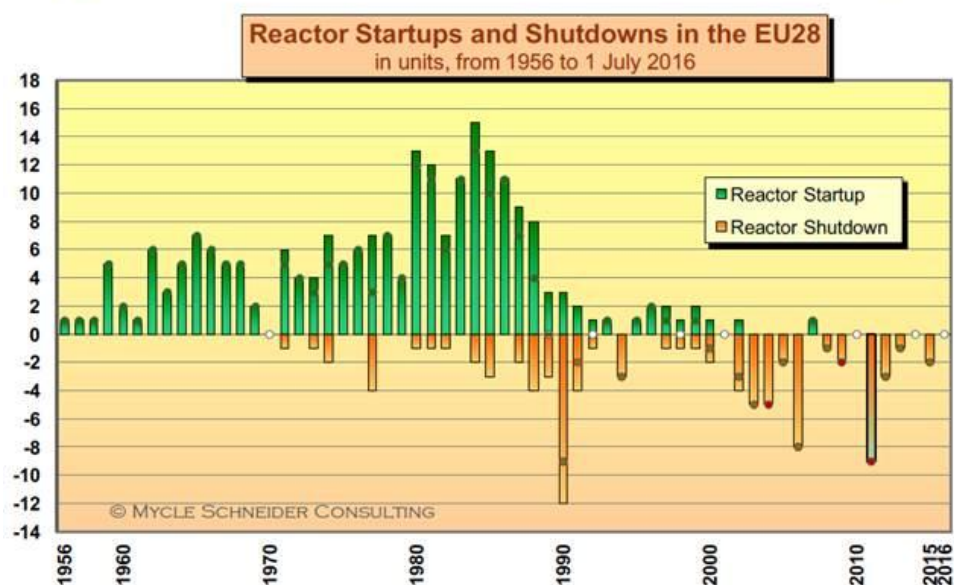
Durch den von Anschober und den NGOs kritisierten Brexit muss es in den kommenden beiden Jahren zu einer EURATOM-Vertragsstaatenkonferenz kommen. Das bietet die Chance für Reformen, Veränderung oder Austritt. Die nächsten zwei Jahre werden entscheidend.

Hintergrund: Situation Atomkraft in Europa

Der Trend ist eindeutig: In der EU sind heute noch 128 Meiler am Netz, das sind 50 weniger als beim historischen Höchststand 1988. Seit der Jahrtausendwende haben in der Europäischen Union nur zwei Atomkraftwerke ihren Betrieb aufgenommen, eins in der Tschechischen Republik, und eins in Rumänien, nach 34 Jahren Bauzeit.

Weltweit gingen im Jahr 2016 Reaktoren mit einer Kapazität von 9,2 GW ans Netz, im Gegensatz dazu wuchsen die Erneuerbaren um 153 GW im Jahr 2015 und um eine noch größere Menge im letzten Jahr.

Figure 44: Nuclear Reactors Startups and Shutdowns in the EU28, 1956–2016



Sources: IAEA-PRIS, MSC, July 2016

Zwei Drittel aller in Bau befindlichen Reaktoren sind in Zeitverzug. Die beiden neuen Reaktortypen EPR (Areva/EdF) und AP1000 (Westinghouse) – Hoffnungsträger der Nuklearindustrie – wurden an noch keinem einzigen Standort in Betrieb genommen. Dies zeigt sich auch an den enorm verzögerten AKW-Baustellen in Flamanville (FR) und Olkiluoto (FI), die zu einer Vervielfachung der Kosten führten.

Auch die Energieriesen in Europa sind, u.a. aufgrund der Nuklearkrise, in schweren wirtschaftlichen Problemen: Abwertungen an den Börsen hagelte es etwa für EdF, E.on, RWE, CEZ, Vattenfall oder TVO. Die französische Areva wurde von Standard & Poor's zu BB+, also „Junk“ abgewertet, mit der Übernahme durch EdF kämpft nun auch der große französische Energiekonzern mit Schulden in Milliarden-Höhe.

LR Rudi Anschober: *„Trotz der EURATOM-Bevorteilung, einer starken Atom-Lobby und staatlicher Unterstützung hat sich Atomkraft in Europa in den letzten 60 Jahren nicht durchgesetzt. Dies ist auch von der EU-Kommission endlich anzuerkennen, ein Energiemix mit großem Trend zu Erneuerbaren hat sich etabliert. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen diesen Trend – anlässlich des 60. Geburtstags – endlich annehmen und unterstützen. Ein Aus bzw. einschneidende Veränderungen bei EURATOM sind nur logisch.“*

Der EURATOM-Vertrag

Im Zuge der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957 fand in Europa auch die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft EURATOM statt. Vor fast genau 60 Jahren wurde diese ins Leben gerufen mit dem Ziel, "[...] die Voraussetzungen für den raschen Aufbau einer mächtigen europäischen Atomindustrie zu schaffen [...]". Zudem sind

Abänderungen aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips unter den Mitgliedschaften de facto unmöglich.

Die Zielsetzung gepaart mit dem primärrechtlichen Status ergeben Berechtigung oder Zwang für die Kommission, stetig pro Atom zu entscheiden und erneuerbare Energien daneben nachrangig zu behandeln.

60 Jahre nach EURATOM-Unterzeichnung sind die Ziele und Aufgaben immer noch unverändert, eine Mitgliedschaft im Rahmen der EU-Mitgliedschaft samt Zahlungen der Länder an die Atomgemeinschaft automatisch.

Durch EURATOM werden auch Kredite für Projekte vergeben, die aus Sicht des Antiatom-Landes Österreich definitiv abzulehnen sind.

Anschober und Schweiger unisono: „Deutlich wird: Der wirtschaftliche Hebel gegen Atomkraft wirkt, Atomkraft ist wirtschaftlich nicht mehr darstellbar, bringt die Energieriesen Europas in Bedrängnis. Um die Atomkraft endgültig zu Fall zu bringen, braucht es aber auch ein Aus der derzeitigen EURATOM-Ziele, denn aktuell bietet EURATOM für die Atomkraft noch den letzten Schutzmantel.“

Beispiel: EURATOM-Kredite für Laufzeitverlängerungen in ukrainischen AKWs

12 der 15 ukrainischen Reaktoren erreichen bis 2020 das vorgesehene Laufzeitende nach 30 Jahren, nun sollen Laufzeitverlängerungen für die Reaktoren folgen. Vier Blöcke erhielten bereits Laufzeitverlängerungen um 10 bis 20 Jahre, trotz unvollständig umgesetzter Sicherheitsmaßnahmen und ohne grenzüberschreitender UVP. Für dieses Programm zur Verbesserung der Sicherheit ukrainischer Atomkraftwerke wurden seitens der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) und

EURATOM Kredite in Höhe von 600 Millionen Euro an das ukrainische Staatsunternehmen Energoatom vergeben, das die Kraftwerke betreibt. An die Kredit-Bewilligung 2013 wurden bestimmte Bedingungen geknüpft und der Wunsch festgehalten, Mitsprache bei der Entwicklung des Atomsektors der Ukraine zu haben. Tatsächlich wurde die EBWE von der ukrainischen Regierung weder konsultiert noch informiert, als diese im September 2015 die Entscheidung traf, die Deadline für die Umsetzung des Sicherheits-Programms von 2017 auf 2020 zu verschieben.

LR Rudi Anschober: *„Laufzeitverlängerungen sind der Versuch der Atom-Unternehmen, bei schon abgeschriebenen Anlagen noch ein paar Einnahmen zu erhalten und zudem die enormen Kosten des Rückbaus wie der Endlagerung hinauszuschieben. Zu Lasten der Sicherheit der EU-Bürger/innen! Das Beispiel aus der Ukraine zeigt uns: Auch das oft verwendete Argument, dass EURATOM zur Sicherheit der Atomkraft in Europa beitrage und deshalb auch für atomkritische Mitgliedstaaten relevant sei, ist Augenauswischerei, EURATOM ist eine einzige Atomförderschiene der EU!“*

Langjährige Forderung nach Neuausrichtung, Auflösung oder Ausstieg

Schon seit Jahren fordert die Antiatom-Bewegung eine komplette Neuausrichtung, Auflösung oder den einseitigen Ausstieg Österreichs aus EURATOM.

Schon Mitte der 1990er Jahre im Zuge der Debatte um den EU-Beitritt Österreichs gab es lautstarke Warnungen der NGOs hinsichtlich einer österreichischen Mitgliedschaft bei EURATOM.

2002, zum 45-jährigen Bestand, folgte eine europaweite Kampagne für eine Auflösung von EURATOM und während des Ringens um einen EU-Verfassungsvertrag sowie den EU-Reformvertrag geriet der EURATOM-Vertrag wieder unter Beschuss.

Schon lange setzt sich atomstopp_atomkraftfrei leben! mit EURATOM als Hürde für einen europaweiten Atomausstieg auseinander. Schon im Jahr 2005 hat Roland Egger als Herausgeber eine ganze Ausgabe des Infomagazins „atomstopp“ dem Thema gewidmet und dabei auch die ebenso brisante wie berechtigte Frage aufgeworfen, wie glaubhaft unsere Antiatom-Position eigentlich sein kann, wenn Österreich gleichzeitig selber zahlendes Mitglied bei EURATOM ist. In den Jahren darauf erfolgte eine umfassende Informationsoffensive.

Mit Jänner 2007 startete die Kampagne „RAUS AUS EURATOM“, alle politischen Ebenen wurden ebenso einbezogen wie Unterstützer-Organisationen und prominente Personen aus Umweltschutz, Erneuerbarer Energie-Szene, aus ethischen Gemeinschaften, aus Kunst, Kultur, Wissenschaft, usw.

So konnte es etwa gelingen, dass alle neun Landtage die Forderung nach einem ultimativen Ausstieg Österreichs mitgetragen haben. Auch weit über 300 Gemeinden im gesamten Bundesgebiet haben Resolutionen für einen Austritt aus der Europäischen Atomgemeinschaft verabschiedet.

Seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon besteht namhaften Jurist/innen zufolge die Möglichkeit des geregelten einseitigen Ausstiegs einzelner Staaten aus der Europäischen Atomgemeinschaft – eine Entwicklung, die zunehmend von maßgeblicher Bedeutung wird.

Neue Chance für Auflösung des EURATOM-Vertrags und nächste Schritte

LR Rudi Anschober: *„Nach Rechtsmeinung der Top-Juristin Dörte Fouquet aus dem Bereich Europarecht muss es im Rahmen des britischen Antrags zum EU-Austritt und damit auch aus dem Euratom-Vertrag zu einer Euratom-Vertragsstaatenkonferenz kommen. Dabei muss unsere Bundesregierung ebenso wie andere atomkritische Staaten, etwa auch Deutschland, die endgültige Klärung herbeiführen, dass Atomenergie längst nicht mehr im gemeinsamen europäischen Interesse liegt, jegliche Beihilfen daher abzulehnen sind. Sicherheit der EU-Bürger/innen und Umweltinteressen müssen endlich aufgewertet werden – da hat Atomkraft keinen Platz!“*

Gabriele Schweiger zur aktuellen Situation: *„Die zwingend einzuberufende Regierungskonferenz kann somit doppelt genutzt werden, um Verhandlungen über die geordnete Auflösung von EURATOM aufzunehmen und alle relevanten, weiterhin zu regulierenden Bereiche in die entsprechenden Ressorts im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu überführen.“*

„Österreich, als erklärt atomkraftfeindliches Land kann hier eine Vorreiter-Rolle einnehmen! Die Zeit ist reif, für eine Neuordnung der Dinge in Sachen zukunftsfähige Energiepolitik, nicht nur für Österreich, sondern auch für die Zukunft Europas!“, so Anschober und Schweiger.

Folgende Aktionen in den kommenden Monaten, um für eine Neuausrichtung Europas in Richtung Atomausstieg zu werben:

1. Nuclear Energy Conference in Linz am 25. April zu Euratom
2. Resolution an den Europäischen Rat bzgl. Auflösung von Euratom
3. Treffen der Allianz für einen europaweiten Atomausstieg in Brüssel am 26. April zur Verstärkung der Allianz und dem weiteren Druckaufbau
4. Landesumweltreferent/innen-Konferenz im Juni in Gmunden

1. Nuclear Energy Conference 2017: “EURATOM – 60 Jahre sind genug!”

Die nächste Station der oö. Antiatom-Offensive in der Thematisierung von bzw. im Kampf gegen EURATOM, ist die Nuclear Energy Conference 2017 „NEC2017“ am 25. April 2017, 10:00 – 16:30 Uhr im Linzer Schloss. Der 60-jährige Bestand von EURATOM wird zum Anlass genommen, von internationalen Expert/innen alle Möglichkeiten für eine Beendigung des Vertrags erörtern zu lassen. Alle Infos unter www.nec2017.eu

Vortragende:

- *Radostina Primova* (Heinrich-Böll-Stiftung, Brüssel): EU-Energie- und Forschungspolitik angesichts 60 Jahre EURATOM
- *Dörte Fouquet* (Rechtsanwältin, Spezialistin Europarecht): EURATOM-Ausstieg – Rechtliche Möglichkeiten
- *Hans-Josef Fell* (Energy Watch Group): EURATOM-Ausstieg
- *Patricia Lorenz* (Friends of the Earth): EURATOM-Mythos – Ist die Sicherheit von Atomkraftwerken darin überhaupt geregelt?
- *Andreas Molin* (Leiter der Nuklearkoordination im BMLFUW): EURATOM-Reform – Utopie oder Vision?
- *Sylvia Kotting-Uhl* (Bundestagsabgeordnete Bündnis90/Die Grünen): EURATOM – Warum Deutschland aussteigen soll
- *Heinz Stockinger* (Plattform gegen Atomgefahren): EURATOM-Kampagnen – Ein historischer Überblick über die Kampagnen in Österreich.

2. Resolution zur Auflösung von EURATOM

Im Zuge der NEC2017 soll eine Resolution an den Europäischen Rat diskutiert und verabschiedet werden, mit dem Ziel, eine Auflösung von EURATOM zu erreichen.

3. Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg

Vor einem Jahr wurde von LR Rudi Anschober die „Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg“ in Brüssel mitgegründet. Heute sind 15 Regionen mit dabei, Vorbild ist die ebenso in Oberösterreich gegründete „Allianz der GVO-freien Regionen“, der es schlussendlich gelungen ist, die EU von unten zu verändern und ein Selbstbestimmungsrecht der Länder beim Anbau von GVO-Saatgut festzusetzen.

Die Hauptziele der Allianz für einen europaweiten Atomausstieg:

- Keine Subventionen für Atomkraft (z.B. Hinkley Point/GB, Paks/HU)
- Einheitliche Haftungsregelungen für Europas AKWs
- Kostenwahrheit bei Atomkraft durch Rücklagen für Folgekosten, etwa Stilllegung, Rückbau und Endlagerung
- Unterstützung der Energiewende und Abkehr von Atomkraft als vermeintlich klimafreundlicher Energietechnologie

Am 26. April findet das nächste Treffen der Allianz in Brüssel statt, zu dem neue Regionen aufgenommen und angeworben werden, thematisch geht es beim öffentlichen Teil um den Umgang mit Altreaktoren und deren Laufzeitverlängerungen.